

---

**2173/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 22.09.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Ing. Kaipel

und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend **verstärkte Kritik an der zentralistischen Bundesbeschaffung und Bundesvergabe**

Alle im burgenländischen Landtag vertretenen Parteien verlangen Verbesserungen bzw. dringend notwendige Änderungen im Beschaffungs- bzw. Vergabewesen zugunsten regionaler Versorgungsstrukturen durch Klein- und Mittelbetriebe. Eine entsprechende EntschlieÙung wurde vom burgenländischen Landtag am 24. Juni 2004 mehrheitlichen mit den Stimmen von SPÖ und Grünen verabschiedet, und ein entsprechender EntschlieÙungsantrag von ÖVP, FPÖ und Grünen wurde am 7. Juli 2004 formuliert und dem Landtag zugewiesen.

Der burgenländische Landtag ist einstimmig der Ansicht, dass „Klein- und Mittelbetriebe aus dem ländlichen Raum bei Bundesbeschaffungen und Bundesvergaben nicht ausreichend zum Zug“ kommen. Aufgrund der diesbezüglichen Bundesregelungen mit dem Bundesbeschaffungs-GmbH-Gesetz an der Spitze zeigen sich „verfehlte Entwicklungen“. Auch „Initiativen der Wirtschaftskammer Österreich“ und die bisherigen Anfragen von Abg.z.NR Ing. Erwin Kaipel und Genossen „signalisieren dringenden Änderungsbedarf“.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen nachstehende

### **Anfrage**

1. Da die bisher von Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, gesetzten Maßnahmen zur Bedachtnahme auf die regionale Versorgungsstruktur durch Klein- und Mittelbetriebe durch die Bundesbeschaffung-Gesellschaft m.b.H. (BBG), die Sie in den Anfragebeantwortungen 887/AB XXII. GP und 2045/AB XXII. GP oberflächlich und unpräzise zu schildern versucht haben, auch dem burgenländischen Landtag nicht ausreichen, und der Sie daher aufgefordert hat, die „dringend notwendigen Änderungen“ im Bundesbeschaffungs- und -vergabewesen „zugunsten regionaler Versorgungsstrukturen durch Klein- und Mittelbetriebe rasch herbeizuführen“, fragen wir Sie: Was werden Sie zur Erfüllung der Ent-

schließung des burgenländischen Landtages konkret unternehmen?

2. Wie beurteilen Sie die in den gegenständlichen Entschließungen aufgezeigten Probleme als Folge der Arbeit der BBG? Bitte gehen Sie auf folgende Kritikpunkte gesondert ein:
  - 2.1. „Auch kleinere Einkäufe müssen über diese Zentralstelle (BBG, Anm.) abgewickelt werden, welche die Empfänger einschlägigen Beschwerden zufolge aber oft erst nach langer Wartezeit und/oder in nur mangelhafter Qualität erreichen.“

2.2. „Es muss weiters für Flexibilität gerade auch für kleinere Dienststellen und für kleinere Aufträge gesorgt werden. Es muss auch in allen Ausschreibungen vorher ermittelt werden, wo die Wertschöpfung tatsächlich erfolgt bzw. sind Ausschreibungen so zu gestalten, dass auch Klein- und Mittelbetriebe vor Ort eine realistische Chance auf einen Auftrag haben. Es wäre eine effektive Strategie zu entwickeln, die auf Dauer einen fairen Wettbewerb sichert und nicht, wie derzeit, eher dem Entstehen von Monopolen Vorschub leistet.“

2.3. „Mögen auch kurzfristig zu bilanzierende Einsparungen durch eine scheinbar ökonomische Volumens- und Bedarfsbündelung eintreten - sie können nicht den volkswirtschaftlichen Gesamtschaden aufwiegen, der in Form der massiven Schwächung und weiterer Abwanderungstendenzen im ländlichen Raum angerichtet wird.“

2.4. „Konsequenterweise müssten etwa auch die dadurch verursachten Unternehmensinsolvenzen und Arbeitsplatzverluste, die abnehmende Wertschöpfung in den Ländern, Bezirken und Gemeinden sowie die teuren Zukäufe nicht inkludierter Serviceleistungen, die zu langen Wartezeiten für die Besteller (...) in Rechnung gestellt werden.“

3. Haben Sie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen und die Folgen für die ökonomischen und sozialen Strukturen des ländlichen Raumes durch die zentralistische Bundesbeschaffung untersuchen lassen? Wenn ja von wem und mit welchen Ergebnissen? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie wird bei der Vergabe von Bundesaufträgen auf General- und Subunternehmer in der Praxis vorgegangen? Welche Kriterien werden dabei angewendet?
5. Wie verteilen sich die Bundesvergaben auf General- und Subunternehmer seit dem Jahr 2001?
6. Welche und wie viele Auftragsvergaben durch die BBG gab es bisher im Jahr 2004 für burgenländische Unternehmen? Wie hoch waren die einzelnen Auftragswerte und die Gesamtauftragssumme?
7. Wieviele von der BBG beauftragte Unternehmen (Vertragspartner) gaben diese bzw. Teile dieser Aufträge seit bestehen der BBG bis heute pro Jahr an burgenländische Subunternehmer weiter?
8. Mit welchen burgenländischen Vertragspartnern wurden im Jahr 2003 Verträge abgeschlossen bzw. bestanden im Jahr 2003 Verträge?
9. Welche Vertragsdauer wurde mit diesen burgenländischen Vertragspartnern jeweils vereinbart?
10. Wie hoch waren die Abrufwerte im Jahr 2003 mit den einzelnen burgenländischen Vertragspartnern?
11. Welche Geldbeträge wurden im Jahr 2003 an die einzelnen burgenländischen Vertragspartner überwiesen?
12. Wieviele Vertragspartner aus dem Burgenland gab es im Jahr 2004 bis jetzt mit welchem Vertragswert und welcher Vertragsdauer?
13. Wann begannen die Verhandlungen für die im Jahr 2004 neu mit burgenländischen Vertragspartnern abgeschlossenen Verträge?
14. Welche Vertreter von Ländern und Gemeinden sind bisher wann und wie im Zusammenhang mit der Tätigkeit der BBG mit Kritik, Beschwerden, Änderungswünschen etc. an Sie bzw. das Bundesministerium für Finanzen bzw. die BBG herangetreten?